



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Bayerische Sozialministerin kritisiert unzureichende Beratungsregelung im geplanten Selbstbestimmungsgesetz – Familien

12. April 2024

Bayerns **Sozialministerin Ulrike Scharf** betont zur heutigen zweiten und dritten Lesung des Gesetzentwurfs zum Selbstbestimmungsgesetz im Bundestag: „Der Entwurf zum neuen Selbstbestimmungsgesetz ist zu wenig! Das Ziel ist richtig, aber der Schutz und die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen kommen mir viel zu kurz. Familien werden alleine gelassen. Die Qualität der Beratung ist durch eine Selbstauskunft nicht sichergestellt und die Details der Umsetzung sind bei Weitem noch nicht klar. Alle Menschen müssen frei, gleichberechtigt, selbstbestimmt, gewalt- und diskriminierungsfrei leben können – das steht außer Frage! Ich bleibe aber dabei: Wir müssen Familien passgenaue Hilfe anbieten und dürfen sie in dieser oft nicht einfachen Situation nicht alleine lassen.“

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

